

Europäische Union: Die Pandemie hat die Nacktheit des europäischen Neoliberalismus aufgedeckt

Ende Juli interviewte Éric Toussaint, Historiker und Politikwissenschaftler (und Autor mehrerer Bücher und Beiträge auf International Viewpoint) Miguel Urban Crespo, führendes Mitglied von Anticapitalistas und für Podemos gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments.

Was ist das Ziel der Covid-Steuer-Initiative auf europäischer Ebene und auf der Ebene bestimmter Staaten?

In den letzten zehn Jahren haben wir gesehen, wie Banken von den europäischen Institutionen und den nationalen Regierungen gerettet wurden. Während Millionen von Familien zu Grunde gehen durften, wurden die Völker Südeuropas einer regelrechten neoliberalen Schockdoktrin und Eingriffen in ihre Wirtschaft unterworfen, mit einer de facto Aussetzung ihrer Souveränität. Zehn Jahre, die für die Volksklassen ein verlorenes Jahrzehnt waren, aber eine Zeit der Gewinne für die Großkonzerne, die ihre Profite und ihre Macht weiter steigern konnten. Eine Zeit, die durch die Kombination von Knappheit und Ungleichheit gekennzeichnet ist, wobei der Schwund des Gewichts der Arbeitseinkommen zugunsten des Kapitals besonders auffällig ist. Eine Zeit der beschleunigten Oligarchisierung der Macht, ein Phänomen, das gleichzeitig Ergebnis, Ursache und zentrale Achse des neuen historischen Zyklus ist, den Europa im Allgemeinen und Spanien im Besonderen durchlaufen.

Steuerhinterziehung und -umgehung durch Großvermögen und multinationale Konzerne stehen im Zentrum sowohl der schwindelerregenden Zunahme der Ungleichheit weltweit als auch der zunehmenden finanziellen Engpässe der Staaten. Die eigene Wirtschaftsarchitektur der EU fördert im Rahmen des freien Kapitalverkehrs und ohne Steuerharmonisierung intern sehr unterschiedliche Steuersysteme und begünstigt damit eine permanente steuerliche Abwertung. In

gleicher Weise verfügt sie über eigene Offshore-Strukturen und einen ordnungspolitischen Rahmen, dessen Uneinheitlichkeit, Freizügigkeit und Anreize im Schatten diese Umgehung und Vermeidung verstärken, die in Wirklichkeit nur dem Großkapital, den Großbesitzern und reicheren Familien zugute kommt, zum Nachteil der Volksmehrheit. Ein europäisches Projekt der Ungleichheit, der Millionäre auf Kosten von Millionen armer Menschen.

Aber als zusätzliche Konsequenz war die zunehmende Konzentration von Einkommen und Vermögen auch Ursache und Motor der Krise, aus der wir noch nicht herausgekommen sind, bevor die nächste kommt. Die von den Gemeinschaftsinstitutionen und den Regierungen der Mitgliedstaaten angewandte Wirtschaftspolitik hat zu einem massiven Umschichten von Ressourcen von unten nach oben geführt. Eine Vergesellschaftung der Verluste vor, während und nach der Krise. Und jetzt, mit der, die kommt, was?

Wenn wir wollen, dass die Geschichte diesmal anders verläuft, müssen wir dem Aufstand der Privilegierten entschlossen entgegenreten: jener Handvoll Milliardäre und multinationaler Konzerne, die sich weigern, Steuern zu zahlen, die mit der Komplizenschaft der Regierungen und der großen Parteien einen regelrechten Steuerterrorismus praktizieren, während sie sich gleichzeitig der Anprangerung oder direkten Bedrohung derjenigen widmen, die ihre Praktiken der Veruntreuung der öffentlichen Finanzen anprangern.

Denn angesichts der sich abzeichnenden sozialen Pandemie geht es unweigerlich um den Kampf gegen die Ungleichheit, gegen alle wachsenden, pluralistischen und miteinander verbundenen Ungleichheiten, indem in die Realitäten eingegriffen wird, die die Quelle und das Spiegelbild dieser Ungleichheit sind, wie Besteuerung, Prekarität, Politik der Knappheit (Austerity) oder unternehmerische Macht. Kurz gesagt, die Umverteilung von Reichtum und Ressourcen als zentrale Achse eines ökosozialistischen Programms wieder ins Zentrum der Debatte zu rücken. Dies ist das Hauptziel der Covid-Steuer: in die öffentliche Debatte über den post-covid Wiederaufbau mit einem konkreten Vorschlag einzugreifen, der die Verteilung des Reichtums als zentrales Element gegen die vorherrschende neoliberale Logik stellt, die nur das Schuldenmodell als einzigen Weg zur Erhöhung der Ausgaben diskutiert. Auf europäischer Ebene wird die Covid-Steuer genau in diese Debatte über die Frage der Umwandlung von Schulden auf Kosten der Allgemeinheit oder anderweitig, über die Finanzierung des Wiederaufbaus, eingeführt und eine konkrete Initiative auf europäischer

Ebene vorgeschlagen, die aus einer umverteilenden, unterstützenden und internationalistischen Perspektive mit der eigenen Architektur der EU kollidiert. Ein Weg, um die EU herauszufordern, aber auch um ein anderes Europa aufzubauen als die Mobilisierung um einen konkreten Vorschlag, der sich nicht auf einen konkreten Vorschlag beschränken sollte, sondern sich zu einem sozialen Notprogramm zur Bewältigung der Krise entwickeln sollte.

Tatsächlich haben wir im spanischen Staat durch Anticapitalistas die Idee einer Covid-Steuer im Rahmen einer breiteren Kampagne mit dem Titel „¡Que Pague los Ricos! („Lasst die Reichen zahlen!“), in der wir uns mit Fragen der Besteuerung und der Verteilung des Reichtums, der Verstaatlichung strategischer Wirtschaftssektoren, der Verteilung der Beschäftigung und der Verkürzung der Arbeitszeit sowie der Änderung des Produktionsmodells befassen. Der Beginn mit der Covid-Steuer hat es uns ermöglicht, die Notwendigkeit der Verteilung des Reichtums in die öffentliche Debatte und in die gesamte Linke des spanischen Staates einzubringen. In einer Weise, dass die gesamte Linke sich die Idee mit verschiedenen Formulierungen wieder angeeignet hat, so dass sogar die PSOE (Sozialistische Partei Spanien) gezwungen war, in die Öffentlichkeit zu gehen und die verschiedenen Vorschläge für Steuern auf große Vermögen und Unternehmensgewinne abzulehnen.

Die Bedeutung der Besteuerung der Reichen und der großen Unternehmen wird verstanden, aber warum sollte man auf den Prozentsatz im Detail eingehen?

Wir befinden uns seit drei Jahrzehnten in der Defensive. Gerade weil wir uns in einem Prozess der Umgestaltung befinden, müssen wir die Rechnung umdrehen. Mehr beißen als lecken wir unsere Wunden. Viele der neoliberalen Konsense werden heute in Frage gestellt. Es ist an der Zeit, eine Schockdoktrin gegen die Eliten und zugunsten derer unter ihnen zu praktizieren. Die Verteilung von Reichtum und Arbeitsplätzen als zentrales Element der politischen Diskussion auf den Tisch zu legen; offen zu fragen, wer für die nächste Krise bezahlen wird; auf die Revolte der Privilegierten hinzuweisen, die sich berechtigt fühlen, keine Steuern zu zahlen oder ihren Reichtum in Steuerkanälen zu verstecken. Aber dieses Fenster wird nicht lange offen bleiben. Wir haben bereits gesehen, wie lange die von Sarkozy und Co. 2008 gemachten Versprechungen der

„Wiedergründung des Kapitalismus“ dauerten, wie sie sich am Ende in eine Wendung derselben Politik niederschlugen, die uns in die Katastrophe geführt hatte.

Deshalb glaubten wir, dass wir mehr brauchten als nur Slogans oder Manifeste über die Krise und ihre Alternativen. Aber es ist auch ein konkretes, fundiertes, dringendes und nützliches Instrument, eines, das hoch hinaus will: so hoch, dass es das Modell des Aufbaus des neoliberalen Europas in Frage stellt oder, was praktisch dasselbe ist, dass es die zunehmende Hortung aller Ressourcen durch eine gefährliche Minderheit in Frage stellt. Im Kampf für dieses andere Europa, von dem wir so viel sprechen, wird der Kampf gegen die Ungleichheit und die Verteilung des Reichtums im Mittelpunkt stehen. Es liegt auf der Hand, dass die Anwendung dieser europäischen Notfallsteuern COVID-19 für diesen Kampf nicht ausreichen wird. Die Herausforderung ist viel umfassender. Aber irgendwo muss man anfangen. Und vielleicht ist es an der Zeit, konkrete Vorschläge auf den Tisch zu legen. Wir müssen den Kampf um die Verteilung des Reichtums in den Mittelpunkt der Debatte und des politischen Handelns stellen. Nur so können wir sicherstellen, dass die Krise diesmal nicht von den Volksklassen bezahlt wird. Lassen wir diesmal die Reichen zahlen. Das ist die große Idee, die den übrigen Teil nach sich ziehen kann. Die Prozentsätze sind technische Fragen, zweifellos wichtig, aber sie mobilisieren nicht.

Wie stehen Sie zu der Frage, was in Bezug auf Steuerparadiese getan werden muss?

Steuerhinterziehung und -umgehung sind keine isolierten oder konjunkturellen Fälle: Es handelt sich um ein strukturelles Phänomen des gegenwärtigen liberalen Kapitalismus, das eng mit der neoliberalen Offensive verbunden ist, die unsere Volkswirtschaften seit Jahrzehnten heimsucht. Ein Netzwerk der Steuervermeidung und -hinterziehung, das ohne ein Netz von Steueroasen außerhalb der Steuerverpflichtungen nicht funktionieren könnte. Und wir sagen „Verstecke“, wenn nicht sogar direkt „Abwasserkanäle“, denn sie als „Steuerparadiese“ zu bezeichnen, hieße, die Grammatik der gleichen gefährlichen Minderheit zu akzeptieren, für die diese Orte Häfen sind. Dank dieser Orte, an denen die lex mercatoria Vorrang vor allen anderen Rechten, kreativer Buchführung und rechtlichen Schlupflöchern hat eine Handvoll Privilegierter

zahlreiche Bruchstellen gefunden, um einen wesentlichen Teil ihres Vermögens zu verstecken oder zu verbergen. Und heute leckt das gesamte System Wasser aus diesen Rissen. Allen Studien zufolge gab es noch nie so viel Geld in Steueroasen wie heute. Der Kampf gegen diese fiskalischen Abwasserkanäle sollte heute ein zentrales Element im Kampf gegen die Ungleichheit und für die Demokratie sein. Ein Kampf, den wir mit der Umsetzung einer Reihe konkreter Maßnahmen beginnen können, die das Problem in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Handlungsebenen an der Wurzel packen:

Im Rahmen der EU sollte die Liste der Drittstaaten, die in Steuerfragen nicht kooperieren, überprüft und modifiziert werden (z.B. nach den Kriterien des Europäischen Parlaments selbst oder von gesellschaftlichen Organisationen wie Oxfam, Tax Justice Network oder Gestha, der Technikergewerkschaft des spanischen Finanzministeriums). Dies würde ein erstes wirkliches Repertoire an Steueroasen schaffen, das der gesamten EU gemeinsam ist, anstelle der früheren nationalen Indizes, die von einigen Staaten erstellt wurden, oder der aktuellen Liste der Europäischen Kommission, die eigentlich eine schwarze Liste sein sollte, letztendlich aber eine Liste für Steuerparadiese ist, die der Geldwäsche dienen. Von den 15 Steueroasen, die von multinationalen Unternehmen am häufigsten genutzt werden, erscheint nur eines in dieser Zusammenstellung der Kommission. Eine wahrheitsgetreue Liste der Steuerparadiese, die auch auf diejenigen verweist, die im Rahmen der EU tätig sind, wäre ein notwendiger erster Schritt, um diejenigen kommerziell und wirtschaftlich zu isolieren, die diesen steuerlichen Rahmen fördern und/oder davon profitieren, um diejenigen zu sanktionieren, die in ihnen tätig sind, und um die Grossbanken und die mitschuldigen Vermittler, die das Bankgeheimnis ausnutzen – das ebenfalls beseitigt werden sollte –, gründlich zu untersuchen und systematisch jede standardisierte Sorgfaltspflichtpraxis zu überspringen, um Steuerhinterziehung und -umgehung zu einem lukrativen Geschäft zu machen. Und damit diese Massnahmen auf Dauer Bestand haben, müssten abschreckende Sanktionen angewendet werden, einschliesslich des Entzugs von Banklizenzen. Darüber hinaus ist es unerlässlich, eine homogene Buchhaltungsregelung anzuwenden, die die multinationalen Unternehmen zwingt, relevante Wirtschaftsinformationen strukturiert nach ihrer Geschäftsbasis und der tatsächlichen Aktivität nach Ländern zu präsentieren, Steuern in jedem Territorium auf der Grundlage der Anwesenheit von Personal, physischem Kapital und effektiven Gewinnen, die darin abgezogen werden, zu zahlen und Missbrauch durch Verrechnungspreise zu vermeiden.

Zweitens, und wie bei Plan B für den Fall, dass die EU sich weigert, die in ihr operierenden Steueroasen zu sanktionieren - ein leider sehr wahrscheinliches Szenario - könnten Handelssanktionen zwischen einigen Mitgliedsstaaten für Länder eingeführt werden, die als Steueroasen operieren, beginnend mit den Niederlanden oder Luxemburg und weiter mit der Schweiz. Mit einem festen Bündnis mehrerer südeuropäischer Länder könnten diese Staaten gezwungen werden, das Bankgeheimnis aufzugeben und steuerlich zu kooperieren, mit dem Argument, dass die Verluste, die sich aus dieser Änderung der Praktiken ergeben würden, geringer wären als die Verluste, die sich aus Handelssanktionen ergeben würden, die in dem Fall verhängt würden, dass sie nicht kooperieren.

Auch auf staatlicher Ebene müssen wir handeln. Während die EU beschließt, ihre schwarze Liste der Steuerparadiese zu aktualisieren, könnte der spanische Staat in dieser Hinsicht Fortschritte machen, indem er die gleichen oben genannten Kriterien befolgt und so dazu beiträgt, ein Beispiel zu geben und andere Länder zum Beitritt zu ermutigen. Dies würde ein Verbot von Beihilfen für Unternehmen, die in Steueroasen tätig sind oder Tochtergesellschaften und/oder Niederlassungen haben, implizieren und erlauben. Ebenso könnten Steuerhinterziehung und -umgehung zu den Kriterien gehören, die ein Unternehmen daran hindern würden, sich an öffentlichen Beschaffungsprozessen zu beteiligen, eine Maßnahme, die auf regionaler und kommunaler Ebene wiederholt werden könnte. Eine weitere finanzierbare Maßnahme wäre das gesetzliche Verbot von Steueramnestien. Und schließlich könnten in Fortsetzung der Liste von Vorschlägen, die einer Regierung, die behauptet, eine „des Wandels“ zu sein, zur Verfügung stehen, Sanktionen für Banken und Finanzintermediäre eingeführt werden, die in diesen extraterritorialen Gebieten als Vermittler und/oder Nutznießer von Steuerhinterziehung und -umgehung tätig sind.

Aber es wäre naiv und unverantwortlich, wenn die Zivilgesellschaft alles dem Handeln von Institutionen anvertrauen würde, um die Geißel der Steuerhinterziehung, -umgehung und -vermeidung oder Steueroasen zu bekämpfen. Dies gilt umso mehr, wenn das Wenige, das bisher erreicht wurde, auf journalistische Leaks und Skandale zurückzuführen ist, an denen eine politisch-wirtschaftliche Klasse beteiligt ist, die keine Drehtüren mehr braucht, um ihr gemeinsames Dachboden-Loft zu verbinden. Um zu verhindern, dass mit einer Handvoll kosmetischer Maßnahmen versucht wird, den Gestank, der aus

diesen Abwasserkanälen kommt, zu überdecken, ist es unerlässlich, dass die Zivilgesellschaft in diesem Kampf die Führungsrolle übernimmt und sich entschlossen für Steuergerechtigkeit und die Verteilung des Reichtums mobilisiert, mit Kampagnen, die auf diese Unternehmen und Milliardäre hinweisen und sie boykottieren. In diesem Sinne ist die Kampagne zur Besetzung der Apple-Märkte, die Attac Frankreich vor einigen Jahren durchgeführt hat, ebenso interessant wie inspirierend. Proteste gegen und Anprangern von Firmen, Beratungsfirmen und Banken, die als notwendige Vermittler bei der Steuervermeidung und -hinterziehung fungieren, würden dazu beitragen, das Unternehmensimage dieser multinationalen Konzerne zu schädigen, genau eines ihrer wichtigsten Vermögenswerte in diesen Zeiten des liquiden Kapitalismus.

Was bedeutet der Schuldenappell?

Wir wissen, dass der medizinische, soziale und wirtschaftliche Notstand der Coronavirus-Pandemie eine dringende und sofortige Reaktion erfordert. In der Tat wurden bereits Milliarden von Euro für diesen Zweck mobilisiert, was eine für die Staaten unerschwingliche Verschuldung erhöht und die Fähigkeit zur Bewältigung dieser Situation behindert. Aus diesem Grund halten wir es für unerlässlich, dass die Europäische Zentralbank (EZB) den Mitgliedstaaten alle Schulden erlässt, die zur Bekämpfung der Ursachen und Auswirkungen der Pandemie bestimmt sind, oder, falls dies nicht möglich ist, dass sie in „Dauerschulden“ umgewandelt werden, die nichts mit den laufenden Haushalten zu tun haben. In der Zwischenzeit und als eine Art Druckmittel für die Durchführung dieser Maßnahme schlagen wir die einseitige Nichtzahlung durch die Staaten sowie eine bürgerliche Prüfung der gesamten Schulden im Hinblick auf die Zurückweisung des unrechtmäßigen Teils vor. Die Verschuldung bleibt eines der Schlüsselemente für das Verständnis der EU-Krise. Eine echte Zwangsjacke für die Länder des Südens, mit der wir unbedingt brechen müssen, wenn wir Europa verändern wollen.

Wer sind die Unterzeichner*innen?

Ursprünglich wurde das Manifest von 45 Persönlichkeiten aus der gewerkschaftlichen, sozialen, politischen und intellektuellen Welt verschiedener

europäischer Länder unterzeichnet. Unter den Namen finden wir zum Beispiel Susan George, Eric Toussaint, Christophe Aguiton und Eleonora Forenza. Seit der Lancierung haben wir Dutzende von neuen Unterschriften aus verschiedenen Ländern und Politikbereichen erhalten. In den nächsten Schritten werden wir die Unterstützung für Organisationen und die breite Öffentlichkeit öffnen. Und über die Namen und ihre Anzahl hinaus ist der Zuspruch, den wir aus den Ländern Nordeuropas erhalten, wichtig; viele von ihnen gelten als „sparsam“, so dass wir dazu beitragen, diese falsche Nord-Süd-Teilung Europas zu durchbrechen. Das verbirgt die gemeinsamen Interessen der Eliten aller Länder, die mit den notwendigen Brücken und der gemeinsamen Agenda konfrontiert sind, die von der Volks- und Arbeiterklasse von den vier Himmelsrichtungen Europas aus aufgeworfen werden müssen.

Wie sieht der Zeitplan aus?

Im Laufe des Sommers werden wir die Sammlung dieser zweiten Phase der Unterschriftensammlung abschließen und danach beurteilen, wie wir je nach der erhaltenen Unterstützung und der gesundheitlichen Situation vorgehen werden. Die Idee wäre, im Herbst irgendeine Art von Treffen vorzuschlagen, persönlich oder telematisch, um mehr im Chor voranzuschreiten und die Verbindungen zwischen den Organisationen und den Kampfräumen wieder herzustellen.

Welche Rolle spielen Sie als antikapitalistischer Europaabgeordneter im Europäischen Parlament?

Unsere erste Funktion besteht darin, den enormen und massiven Konsens, der im Parlament und in den europäischen Institutionen im Allgemeinen in vielen Fragen besteht, zur Kenntnis zu nehmen und einen bescheidenen, aber entscheidenden Beitrag dazu zu leisten, dass er gebrochen wird: die Rolle Europas in der Welt, die Unfähigkeit, Wirtschaft oder Gesellschaft durch verschiedene Marktmechanismen zu konzipieren, oder die vermeintlichen Werte, die die EU mit ihrem außenpolitischen Handeln angeblich zur Menschenwürde „beiträgt“, neben vielen anderen Fragen. Die Große Koalition von Sozialliberalen und Christdemokraten, die traditionell das Europäische Parlament und die meisten europäischen Länder mitregierte, hat sich heute um die Liberalen und einen

großen Teil der Grünen erweitert, während sie sich der reaktionären Rechten, die immer euro-reformistischer wird, zuwendet. All dies bildet einen Machtkern, der sehr robust ist und perfekt auf die übrigen wirtschaftlichen und politischen Eliten Europas abgestimmt ist. Unsere erste Aufgabe besteht darin, den Zaun zu brechen, der versucht, unsere statistisch gesehen minderheitlichen Positionen noch mehr in die Minderheit zu drängen. Das Problem ist, dass es selbst innerhalb der Linken solche gibt, die der Meinung sind, dass dies durch die Integration um jeden Preis in den Konsens dieses extremen Zentrums der neoliberalen Großen Koalition erreicht werden könnte.

Unsere zweite Rolle, und das ist für jede*n Antikapitalist*in in jeder Institution üblich, besteht darin, nicht dem Charme und den Gefahren einer Institution wie dem Europäischen Parlament zu erliegen. Nicht nur wegen des Risikos, es sich bequem zu machen oder sich von dem Klassizismus (Verachtung der unteren Klassen), dem Zynismus und der Arroganz anzustecken, die diese Institution kennzeichnen und gegen die man sich täglich schützen muss, sondern weil die reale Gefahr besteht, in das parlamentarische Spiel hineingezogen zu werden, weil man denkt, es sei das Wichtigste, und den Großteil der knappen Ressourcen verbraucht, die jedoch an anderen Fronten eingesetzt werden müssen. Sich der eigenen Minderheitsposition bewusst zu sein, ist wesentlich, um den Sitz im Parlament nicht zum Selbstzweck zu machen, sondern vielmehr zu einem Hebel, um innerhalb, vor allem aber außerhalb des Parlaments zu wirken, angetrieben von Vorschlägen und Bewegungen, die frontal mit der Logik und den Interessen der real existierenden EU kollidieren. .

Wie stellen Sie sich das vor?

Zunächst einmal muss die Frage und damit die Antwort im Plural formuliert werden: Wir als Antikapitalisten und als internationale Strömung verstehen die institutionelle Arbeit als eine weitere Front, wichtig, aber nicht unverzichtbar, und besonders unfruchtbar, wenn sie nicht von einer organisierten und kämpfenden sozialen Bewegung außerhalb der Institutionen unterstützt wird. Diese Kämpfe zu begleiten, sie zu unterstützen und von ihnen zu lernen, politische und soziale Aktionen zu artikulieren oder zu ihrem Aufschwung beizutragen, ist ein grundlegender Teil unseres Konzepts der institutionellen Arbeit und unserer Rolle darin. Darüber hinaus bietet eine Institution wie das

Europäische Parlament zwei weitere interessante Elemente: eine erweiterte territoriale Perspektive auf europäischer Ebene und eine zeitliche Perspektive, die es ermöglicht, einige Angriffe des Kapitals vorwegzunehmen, die sich bald auf nationaler und lokaler Ebene auswirken werden. Eine Präsenz in dieser Institution ist nützlich, um andere Akteure ausfindig zu machen, Allianzen zu bilden und den Boden für neue Kampffelder vorzubereiten.

Geht die Beteiligung von Unidas Podemos an der Regierung Sanchez nach dem Scheitern der Strategie des Führungskerns Syriza in Griechenland in die gleiche Richtung? Oder ist sie anders?

Die griechische Erfahrung ist oder sollte die große politische Lektion der jüngsten Zeit sein. Wir können in der Tat eine Wasserscheide innerhalb der europäischen Linken ausmachen, je nachdem, wie sie sich damals und seither im Hinblick auf die Regierungserfahrung Syrizas interpretiert und positioniert hat. Die grundlegenden strategischen Meinungsverschiedenheiten, die letztlich unseren Ausstieg als Antikapitalisten aus Podemos kristallisiert haben, stehen in engem Zusammenhang mit den Diskussionen, die wir bereits während der Situation in Griechenland im Jahr 2015 geführt haben. Im spanischen Fall waren wir als Anticapitalistas sehr deutlich, dass der Eintritt als Minderheit in einer sozialliberalistisch geführte Regierung hatte viele Risiken, vor allem aber drei: 1) die Wiederbelebung der PSOE als Akteur des Wandels, obwohl der 15M-Zyklus als eine seiner Hauptachsen die Herausforderung der Zweiparteienherrschaft und ihrer Politik hatte, von der die PSOE (Sozialistische Partei Spanien) ein Grundpfeiler und die große „Staatspartei“ im spanischen Staat ist; 2) die Alterung und Deaktivierung des Podemos als transformierende Kraft, indem er auf den institutionellen Bereich beschränkt und der Mehrheit der sozial-liberalen Regierung unterworfen wurde; und 3) die Übertragung des Oppositionsmonopols und der potentiellen Kanalisierung der Unruhen, die sich aus der Bewältigung der neuen Krise ergeben, die bereits da ist, an die Rechte und an die extreme Rechte. Es wäre einfacher gewesen, die Bildung einer Minderheitsregierung der PSOE von außen zu unterstützen und weiterhin innerhalb und außerhalb des spanischen Parlaments mit den Bewegungen und ohne die derzeitigen Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit zur Regierung ergeben, Widerstand zu leisten.

Sie starten auch eine Kampagne für die Verstaatlichung verschiedener strategischer Sektoren? Wie zum Beispiel? Große Pharmaunternehmen? Energie? Banken? Andere?

Diese Pandemie hat die Schande des Kapitalismus offenbart. Die Unzulänglichkeiten des Kapitalismus bei der Bewältigung der Herausforderung, die Volksklassen zu schützen und Leben zu retten, haben sich gezeigt. Es ist an der Zeit, die Folgen der jahrelangen fortgesetzten Kürzungen für die Öffentlichkeit zu analysieren. Das Recht auf Gesundheit ist durch die neoliberale Politik beschnitten worden. Und die Kosten dieser Pandemie sind nicht nur wirtschaftlicher Art, sondern belaufen sich vor allem auf Hunderttausende von Menschenleben.

Die Pandemie hat auch die Nacktheit „des Kaisers“ des europäischen Neoliberalismus bloßgelegt. Inmitten einer viralen Krise haben wir gesehen, dass es in Europa als Folge jahrelanger Verlagerungen und Deindustrialisierung keine Möglichkeit gab, die notwendige Notfallausrüstung zur Bekämpfung von Covid-19 herzustellen. Europa braucht eine Reindustrialisierung, die mit einem Wandel zu einem sozial und ökologisch gerechten Produktionsmodell einhergeht. Die Wirtschaft muss im Dienste des Lebens stehen und darf nicht die privaten Profite mästen. Das ist zweifellos eine der großen Lehren aus dieser Krise. Dazu brauchen wir die Verstaatlichung strategischer Sektoren unter sozialer Kontrolle, um das Gemeinwohl zu sichern. Aus diesem Grund haben wir als Antikapitalisten eine Kampagne der Agitation und Propaganda über die Notwendigkeit der Verstaatlichung strategischer Sektoren und einer Änderung des Produktionsmodells gestartet, mit verschiedenen konkreten Vorschlägen, wie im Fall der Fabriken, die Nissan in Katalonien schließen will.

Der Kapitalismus befindet sich auf einer langen depressiven Welle, verursacht durch eine Rentabilitätskrise, deren Hauptursache der Abwärtstrend der Profitrate ist. Angesichts dieser permanenten Schwierigkeit, einen Aufschwung zu erreichen, sucht der Kapitalismus, wie er es systematisch tut, einen Ausweg durch die Intensivierung der menschlichen und natürlichen Ausbeutung in einem Prozess der permanenten Entwertung der Arbeit und der Degradierung der Biosphäre. So wird es die ökologische Krise sein, die dem kapitalistischen Entwicklungskapitalismus, wie er es bereits jetzt tut, neue Grenzen, aber auch neue Grenzen der Transformationszyklen und ihrer Strategien aufzeigt. In diesem Sinne ist es unerlässlich, einen neuen militanten, auf Solidarität beruhenden

Internationalismus aufzubauen, der ein ökosozialistisches Projekt konstruieren kann, das aus unterschiedlichen Kontexten und regionalen Besonderheiten heraus auf die gemeinsame Herausforderung reagiert, sich einem postkapitalistischen Szenario zu stellen.

Der Artikel erschien in [International Viewpoint](#)

Übersetzung: Wilfried Hanser